



Foto: Miro May

Eine Schulklasse im Gandaria Slum in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch

Die 2030-Agenda der Vereinten Nationen

Neuer Referenzrahmen globaler Nachhaltigkeitspolitik

Von Jens Martens

Ende September verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Mit ihr haben die Regierungen den globalen Rahmen für die Nachhaltigkeitspolitik der kommenden 15 Jahre abgesteckt.

In der Bewertung ihrer neuen Agenda sparen die Regierungen nicht mit Superlativen. In ihrer Resolution sprechen sie von einer „äußerst ambitionierten und transformativen Vision“ und einer Agenda „von beispielloser Reichweite und Bedeutung.“

Im Mittelpunkt der neuen Entwicklungsagenda stehen die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Sie bestehen aus einem Katalog von 17 Oberzielen und 169 Zielvorgaben. Die SDGs basieren auf den universellen Menschenrechten und decken sowohl die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung ab als auch die Bereiche Frieden und internationale Zusammenarbeit. Damit reichen sie weit über die bisherigen Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) hinaus, an deren Stelle sie ab dem 1. Januar 2016 treten.

Gemischte Bilanz der MDGs

Die MDGs dienten vor allem in den ärmeren Ländern des Südens als Referenzrahmen na-

tionaler Entwicklungsstrategien und avancierten für die bi- und multilateralen Geber in den vergangenen 15 Jahren zum Leitmotiv ihrer Entwicklungspolitik. Den MDGs wurden eine Reihe positiver Merkmale bzw. Wirkungen zugeschrieben: Aufgrund ihrer begrenzten Zahl waren sie leicht kommunizierbar. Ihre öffentlichkeitswirksame Konzentration auf die Bekämpfung der extremsten Formen von Einkommensarmut und die soziale Grundversorgung der Bevölkerung hat dazu beigetragen, mehr Mittel für die Armutsbekämpfung zu mobilisieren.

Tatsächlich lassen sich bei der Verwirklichung der MDGs einige Erfolge konstatieren: Die Zahl der Menschen, die in extremer Einkommensarmut leben, sank von 1,9 Milliarden (1990) auf unter 1 Milliarde (2015). Im Jahr 2000 gingen noch rund 100 Millionen Kinder weltweit nicht in die Schule. Bis 2015 hat sich ihre Zahl auf rund 57 Millionen nahezu halbiert. Die Rate der Müttersterblichkeit sank seit 1990 weltweit um 45 Prozent.

Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Menschen, die nach der jeweiligen nationalen Definition in Armut leben – auch in vielen Ländern Europas. Und die Einkommens- und Vermögensungleichheit nahm sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb vieler Länder zum Teil massiv zu. Auf der Strecke blieben zudem in der MDG-Agenda die ökologischen Fragen.

Die MDGs waren umweltpolitisch nahezu blind und ein Rückschritt gegenüber umfassenderen Ansätzen nachhaltiger Entwicklung. Die besondere Verantwortung der Industrieländer und die Notwendigkeit einer Veränderung der dortigen Konsum- und Produktionsweisen blieben weitgehend ausgeblendet.

Neue Qualität der SDGs

Das Neuartige der SDGs besteht darin, dass sie universell gültig sind. Sie betonen die Notwendigkeit der Veränderungen im eigenen Land,

Neue Publikation des Global Policy Forum

Das soeben erschienene Arbeitspapier „Der Weg ist das Ziel“ stellt die Ergebnisse der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung vor (Addis Abeba im Juli), analysiert die in der 2030-Agenda niedergelegten Beschlüsse zu ihrer Umsetzung und betrachtet kritisch, ob die Vorschläge genügen werden, um die umfassende Nachhaltigkeitsagenda zu verwirklichen.

→ Download unter www.globalpolicy.org/publications/publications-in-german.html

verlieren aber gleichzeitig die internationale Verantwortung der reichen Länder nicht aus den Augen, insbesondere bei der Bekämpfung von Armut und Hunger. Die SDGs betreffen damit auch die deutsche Politik in dreifacher Hinsicht:

1) Der SDG-Katalog umfasst Ziele, die die interne Situation Deutschlands betreffen. Hierzu gehören u. a. Ziele, die sich aus den menschenrechtlichen Verpflichtungen ableiten, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. Beispiele sind die Halbierung des Anteils der Armen in Deutschland und die Verringerung des Anteils der Jugendlichen ohne Schulabschluss.

2) Einige Ziele der 2030-Agenda adressieren die externen Effekte der deutschen Politik und Wirtschaft. Sie erfordern innenpolitische Maßnahmen, die auch unmittelbare Auswirkungen auf Menschen in den Ländern des Südens haben. Hierzu zählen Ziele zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, zur Veränderung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen, aber auch zum Umgang mit Migrantinnen und Migranten.

3) Der SDG-Katalog enthält schließlich Ziele, die die internationale Verantwortung Deutschlands betreffen. Die entsprechenden Zielvorgaben betreffen, neben den klassischen entwicklungspolitischen Verpflichtungen (Stichwort 0,7-Prozentziel), alle Bereiche globaler Strukturpolitik (Handel, Investitionen, Finanzsysteme usw.).

Die SDGs sind keine Maximalziele. Sie sind der zum Teil widersprüchliche Kompromiss eines diplomatischen Aushandlungsprozesses zwischen den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Selbstverständlich steht es jedem Land frei, über die SDGs hinaus zusätzliche Ziele oder ambitioniertere Zielvorgaben zu definieren. Dies gilt auch für Deutschland.

Mehr als nur Ziele

Aber die 2030-Agenda ist mehr als nur ein Katalog von Entwicklungszielen. Die Regierungen waren sich grundsätzlich einig, dass sie in der neuen Agenda nicht nur die gemeinsamen Ziele für die kommenden 15 Jahre definieren können, sondern auch die Mittel und Wege beschreiben müssen, um diese Ziele zu erreichen. Umstritten blieb allerdings bis zuletzt, welche Mittel dies sein sollen und wer für ihre Bereitstellung verantwortlich ist.

Die in der Gruppe der 77 (G77) zusammengeschlossenen Länder des globalen Südens forderten als Voraussetzung für die Verwirkli-

chung der SDGs, die globale Partnerschaft zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern neu zu beleben. Darunter verstanden sie insbesondere die Verantwortung der klassischen Industrieländer für Entwicklungsfinanzierung, faire Handels- und Investitionsregeln, Technologieförderung und Kapazitätsaufbau.

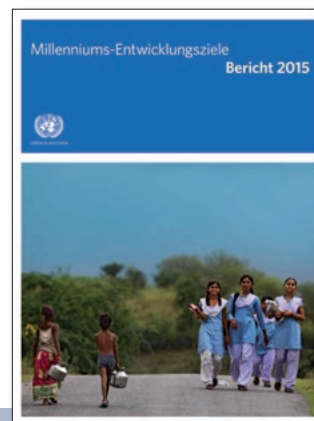
Die USA, die EU und ihre Verbündeten sprachen dagegen lieber von der gemeinsamen Verantwortung aller Länder jenseits der klassischen Nord-Süd-Dichotomie. Zugleich betonten sie, dass die Umsetzung der SDGs nicht allein Aufgabe der Staaten sein könne, sondern dazu neue (globale) Partnerschaften öffentlicher und privater Akteure notwendig seien.

Dass sich die 2030-Agenda nicht darauf beschränkt, einige hehre Ziele zu definieren, sondern auch die Mittel beschreibt, die zu ihrer Umsetzung benötigt werden, ist zweifellos ein Fortschritt gegenüber den MDGs. Der SDG-Katalog enthält allein 62 Zielvorgaben, die politische Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs nennen. Viele von ihnen wurden allerdings im Verhandlungspoker soweit verwässert, dass sich aus ihnen kaum spezifische Handlungsverpflichtungen ableiten lassen.

Knackpunkt nationale Umsetzung

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg der 2030-Agenda und der SDGs wird daher die Umsetzung auf nationaler Ebene sein. Dazu müssen die Regierungen die allgemeinen Zielvorgaben in politische Handlungsstrategien und konkrete Zeitpläne übersetzen. Auch für Deutschland heißt das, die globalen Ziele und Zielvorgaben an die hiesige Situation anzupassen und die entsprechenden Indikatoren zur Fortschrittmessung auszuwählen. Dies wird auf Basis der Liste von SDG-Indikatoren der Statistik-Kommission der Vereinten Nationen geschehen, die im März 2016 verabschiedet wird.

Darauf basierend müssen die politischen Strategien und (Finanz-)Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele bestimmt werden. Ausgangspunkte dafür sind die nationale Nachhaltigkeitsstrategie sowie die jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategien und entwicklungspolitischen Leitlinien der Bundesländer, so auch von Nordrhein-Westfalen. Die Bundesregierung hat die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie angekündigt, um sie mit der 2030-Agenda und den SDGs in Einklang zu bringen. Die reformierte Nachhaltigkeitsstrategie soll im Herbst 2016 im Kabinett verabschiedet werden.



Abschlussbericht zu MDGs

Ausführliche Informationen zur Umsetzung der Millenniumentwicklungsziele finden sich im 15. MDG-Bericht der Vereinten Nationen. Die deutsche Version steht im Internet als Download zur Verfügung unter <http://tiny.cc/rh85x>

Die politische Relevanz der 2030-Agenda wird sich daran zeigen, ob die Nachhaltigkeitsstrategien von Bund und Ländern auch die Mittel zur Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele systematisch abbilden. So wie die SDGs mit ihrem mehrdimensionalen Ansatz alle Politikfelder betreffen, muss auch ihre Umsetzung im Sinne einer kohärenten Gesamtstrategie zur Aufgabe aller Ressorts gemacht werden. Ob dies gelingt, wird auch davon abhängen, in welchem Maße Zivilgesellschaft und Medien die SDGs als Referenzrahmen nutzen, sie in der deutschen Öffentlichkeit bekannt machen und kontinuierlich von der Politik ihre Verwirklichung einfordern.



Jens Martens, Dipl. Volkswirt, ist Geschäftsführer des Global Policy Forums (New York und Bonn). Seit 2011 fungiert er als Koordinator der Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives. Daneben engagiert er sich bei Social Watch, einem weltweiten Netzwerk von Gruppen und NGOs, die sich mit Fragen der Armutsbekämpfung und sozialen Gerechtigkeit befassen.